Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Spitze des Eisbergs

In nur zwei Jahren hat es die amtierende Bundesregierung geschafft, ein ganzes Land gegen sich aufzubringen. Die bundesweit heftigen Protestaktionen der Bauern lassen erahnen, welche Dimensionen organisierter Widerstand annehmen könnte. Gleichwohl stellen sie nur die Spitze des Eisbergs dar. Es gärt und brodelt in fast allen Bevölkerungsgruppen. Hauptursächlich ist die völlig verfehlte Haushalts-, Energie- und Klimapolitik, die durch fatale Inkompetenz der Berliner Akteure verschärft wird. Davon werden alle Bürger direkt oder mittelbar in Mitleidenschaft gezogen. Besonders stark betroffen ist die Wirtschaft, die sich vor dem Hintergrund einer geopolitisch ohnehin schwierigen Lage immer neuen Einschränkungen und Belastungen ausgesetzt sieht. Die häufig chaotischen Entscheidungen einer offensichtlich nicht regierungsfähigen Ampelkoalition legen den Unternehmen zusätzliche Fesseln an und untergraben deren Wettbewerbsfähigkeit. Das geschieht in einer Situation, in der Deutschland beim Wirtschaftswachstum bereits auf die Schlussposition unter den Industrienationen gefallen ist. Das Land braucht eine kompetente, handlungsfähige Regierung und eine überzeugende Agenda, die die primären Großbaustellen mit Sachverstand statt ideologischen Wunschträumen angeht.

„Tief in der Krise"

Mit erheblichen Sorgenfalten ist die deutsche Wirtschaft in das neue Jahr durchgestartet. Das produzierende Gewerbe war im November 2023 den sechsten Monat in Folge rückläufig. Einen derartigen Absturz hat es zuletzt während der Finanzkrise 2008 gegeben. Mit einem konjunkturellen Rückgang im gesamten zweiten Halbjahr 2023 befindet sich Deutschland in der Rezession. Unter der Überschrift „Tief in der Krise" veröffentlicht das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) eine Umfrage unter 47 Wirtschaftsverbänden, die keine Trendwende für 2024 erkennen lässt, sondern ein Schrumpfen des BIP um 0,5 % prognostiziert. Anzunehmen ist, dass sich die schlechte Stimmung der Branchen schon bald im Investitionsverhalten und am Arbeitsmarkt niederschlagen wird. Die Herbstprognose der Bundesregierung, die für 2024 von einem Wirtschaftswachstum um 1,3 % ausging, kann als Makulatur betrachtet werden. Die aktuellen Konjunkturprognosen liegen im Durchschnitt bei einem Wachstum von 0,3 %. Die Bandbreite reicht derzeit von plus 0,9 % bis minus 1,0 %. Übrigens: Eine Folge von zwei Rezessionsjahren gab es in der Geschichte der Bundesrepublik bereits 2002 und 2003, was den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder veranlasst hat, mit der Agenda 2010 ebenso unpopuläre wie wirksame Reformen am Arbeitsmarkt durchzusetzen.

Allzeittief im Wohnungsbau

Das ifo-Geschäftsklima im Wohnungsbau ist im Dezember 2024 auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 1991 gefallen. Für das erste Halbjahr 2024 rechnen die Wohnungsbauunternehmen mit weiteren Geschäftseinbußen. Entspannung sei nicht in Sicht, die Perspektiven seien düster. Das immer wieder propagierte Ziel der Bundesregierung, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, rücke noch weiter in die Ferne. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet für das laufende Jahr nur noch die Fertigstellung von 265.000 Einheiten. Die Umsätze bei Bauleistungen werden 2024 – laut DIW – erstmalig seit 2009 sinken. Der Wohnungsbau werde um 5,4 % schrumpfen. Als Ursachen dieser Situation gelten neben dem explosiven Anstieg der Baupreise die EZB-Leitzins-Erhöhungen, die die Baufinanzierung drastisch verteuert haben. Auch die Verunsicherung potenzieller Bauherren durch immer neue staatliche Regulierungen wie das Heizungsgesetz (GEG) dürften die Investitionsbereitschaft nicht gerade stärken.

Auf dünnem Eis

Die heftigen Großdemonstrationen und Streiks haben Deutschland zum Jahresanfang in Atem gehalten. Das Vertrauen der Bürger in die Bundesregierung ist in historisch wohl einzigartiger Weise abgestürzt. Selbst eigentlich wohlwollend bis neutral eingestellte Medien tun sich schwer, ihre offenkundige Ratlosigkeit in Schlagzeilen zu fassen. So titelt die „Bild"-Zeitung: „Die Deutschen sind durch mit der Ampel." Der „Focus" schreibt: „Sanierungsfall Deutschland: Das Problem heißt Olaf Scholz." „ntv" meint: „Die Wut der Bauern ist ansteckend." Der „Tagesspiegel" fordert einen „kompletten Neustart". Und die „Wirtschaftswoche" stellt die Frage: "Zerbricht die Ampel in diesem Jahr?" In dieser nebulösen Polit-Phase verliest der Bundeskanzler – merkwürdig entrückt und Teflon-artig wirkend – seine TV-Rede zum Jahreswechsel. Die Ansprache wimmelt förmlich vor Plattitüden und Selbstverständlichkeiten. Jeder und jede in diesem Land werde gebraucht, hieß es. Und: „Wir kommen auch mit Gegenwind zurecht." Deutschland müsse sich verändern. Dramaturgischer Höhepunkt der Rede war: „Bei einigen sorgt das auch für Unzufriedenheit. Ich nehme mir das zu Herzen. Und zugleich weiß ich: Wir in Deutschland kommen dadurch." Die „Welt" vergleicht diese Rhetorik mit einem Offenbarungseid. Man kann sich nur über die Qualität der Redenschreiber im Kanzleramt wundern. Das laufende Jahr könnte zur historischen Wegmarke werden. Die gescheiterte Mitgliederbefragung der FDP hat erkennen lassen, auf welch dünnem Eis die Ampel agiert. Ihr bleibt nur noch wenig Zeit, um ihre Regierungsfähigkeit, Berechenbarkeit und Seriosität nachhaltig unter Beweis zu stellen. Unverzichtbar ist eine Reform-Agenda, die überzeugende Antworten auf die zentralen Fragen unserer Zeit gibt. Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Die seit Jahrzehnten bewährten Grundregeln der sozialen Marktwirtschaft weisen den Weg.